

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PARADOXA UND MODERNE WIRTSCHAFTSPOLITIK

– Wolfgang Stützel's Beitrag zu einer rationalen Ökonomie –

von

Heiner Flassbeck

(erscheint in einem Sammelband zum 75. Geburtstag von Wolfgang Stützel im Herbst 2000)

Einführung

Wenn man heute Wolfgang Stützel's Beitrag zur Volkswirtschaftslehre Revue passieren läßt und sich gleichzeitig den Stand der aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung vor Augen führt, ist man zwischen Verzweiflung und Zynismus, Wut und Erstaunen hin- und hergerissen. Wolfgang Stützel ging es vor dreißig Jahren ähnlich. In der Veranstaltung zu Wirtschaftstheorie- und politik, die er mit Vorliebe sein „Oberseminar“ nannte, begann der vortragende Seminarist regelmäßig mit der Darstellung hochtrabender theoretischer Modelle und endete, im Gefolge eigener Fehler oder „angeregt“ durch Wolfgang Stützel, regelmäßig bei der Deklination der volkswirtschaftlichen Saldenmechanik. Solche Kurse würde man auch heute noch vielen Ökonomen und Politikern wünschen. Genau wie damals werden heute in der wirtschaftspolitischen Diskussion ohne Unterlaß Positionen bezogen, von denen man schon aufgrund der saldenmechanischen Zusammenhänge weiß, daß sie nicht haltbar sind.

Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen haben die Ökonomen, in Deutschland insbesondere, ein gespaltenes Verhältnis zu ihren eigenen logischen Grundlagen. Einen Mathematiker, der sich in seinen Ausführungen immer eilfertig von den Grundrechenarten distanzierte, würde die Disziplin rasch zum Schweigen bringen. Einen Physiker, der bei seinen Ableitungen beiläufig die Newtonschen Gesetze „wiederlegte“ oder schlicht ignorierte, würden die Fachkollegen sicher in Minuten demontieren. Anders in der Ökonomie: Es ist geradezu tugendhaft, wenn man sich von „Identitäten“ und „Saldenmechanik“ distanziert, ganz gleich, wie oft man dabei gegen die reine Logik verstößt. Der Einwurf, eine Aussage baue auf „Saldenmechanik“, gilt in bestimmten Kreisen als eines der stärksten Gegenargumenten überhaupt¹. Das ist so, als sagte man einem Physiker, seine Aussage sei „zu logisch“ und könne schon deswegen keinen Bestand haben. Wenn die Zusammenhänge etwas verwaschen sind, wenn die letzten und wenigen harten Säulen des ökonomischen Denkens geschleift oder gar gestürzt sind, fühlt sich der moderne Ökonom – wiederum vor allem in Deutschland – am wohlsten. Wenn nichts mehr greifbar ist, sondern einer großen Beliebigkeit anheim gegeben, kann sich jeder zu jedem Thema äußern und seine ureigensten

¹ Vgl. z. B. die Erwiderung von Rolf Langhammer (Handel kostet keine Jobs) zu einer Erwiderung meinerseits auf Sinn (in der ZEIT vom 2./9./16. März 2000). Darin wirft er mir „Trugschlüsse meiner Saldenmechanik“ mit dem Argument vor, ich behaupte, Leistungsbilanzdefizite seien Arbeitsplatzverlusten gleichzusetzen und Überschüsse Arbeitsplatzgewinnen und deswegen argumentiere ich in „Nullsummenkategorien“. Das ist zwar das Lieblingsargument aller Kieler Ökonomen, aber trotzdem Unfug. Natürlich ist der Freihandel kein Nullsummenspiel, wer hätte das je ernsthaft behauptet. Dennoch ist es richtig, daß der Freihandel üblicherweise bei ausgeglichener Leistungs- und Handelsbilanz analysiert wird. Führt man Salden ein, bringt das Arbeitsplatzgewinne und Verluste in der beschriebenen Weise mit sich, ohne daß dadurch der freie Handel diskreditiert wäre. Wer würde im Ernst in Kenntnis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung behaupten, die Zunahme eines Leistungsbilanzüberschusses (Außenbeitrages) habe nichts mit zusätzlichen Arbeitsplätzen zu tun, und zwar ganz unabhängig davon, wie sich die Gesamtentwicklung der Arbeitsplätze in einer Region darstellt.

Ziele zum zwingenden Ergebnis des Wirkens ökonomischer Gesetze erklären, ohne daß ihm noch irgend jemand ins Handwerk pfuschen könnte.

In Stützels Sinne und in Stützelscher Weise will ich im folgenden einigen modernen Vorurteilen, die ihr Leben vor allem dem Versagen der Ökonomen im Bereich der reinen Logik verdanken, auf den Grund gehen. Allzu vieles von dem, was heute vorschnell zu einer Frage der Theorie oder der Ideologie erklärt wird, um es gegen Kritik nach dem Motto „da sind wir eben unterschiedlicher Auffassung“ zu immunisieren, ist bei kritischer Betrachtung gar keine Frage der behaupteten Art, sondern nur Folge bewußt oder unbewußt ungenauen Denkens. Die Art der Auseinandersetzung in der Ökonomie hinterläßt unübersehbare Spuren in der Wirtschaftspolitik. Kein ökonomisches Thema, bei dem nicht ein volkswirtschaftlicher Laie, ein Rechtsanwalt, ein Unternehmer oder ein Gymnasiallehrer sein eigenes Vorurteil oder sein ureigenstes Interesse zu „aller Weisheit höchstem Schluß“ (J. A. Schumpeter) erklären könnte, ohne von der Zunft der Ökonomen in die Schranken verwiesen zu werden.

Das Versagen der Ökonomie in Deutschland ist nicht leicht zu erklären. Es fehlt offenbar an unabhängigen Denkern vom Schlage eines Wolfgang Stützel. Das Fach ist gespalten zwischen denen, die versunken sind beim Bohren kleiner tiefer Löcher ohne Blick auf den Horizont und denen, die den wissenschaftlichen Anspruch von vorneherein für die Aussicht auf Einfluß und andere Remunerationen der modernen Informationsgesellschaft hintangestellt haben. Wenn aber die Volkswirte die gesamtwirtschaftliche Logik nicht in die politische Diskussion einbringen, verkommt diese zum Diskurs über Ideologie oder fällt schlicht in einzelwirtschaftliches Kalkül zurück. Da für Unternehmer wie für den Arbeitnehmer nur die einzelwirtschaftliche Erfahrung das Verständnis von Wirtschaft prägt, bedarf es einer dauernden Korrektur des einzelwirtschaftlichen Denkens durch die Volkswirtschaftslehre, wenn die Wirtschaftspolitik zu rationalen Entscheidungen kommen soll. Bei den allermeisten der aktuell heftig diskutierten Fragen geht es erst in zweiter oder dritter Linie um die Auseinandersetzung in „Glaubensfragen“. Basierte die Diskussion auf einer vorurteilsfreien ökonomischen Analyse, erledigten sich viele „Glaubensfragen“ von alleine, weil bestimmte Positionen a priori ökonomisch „unbesetzt“ wären und daher chancenlos bleiben müßten.

Drei Beispiele für das Versagen der modernen Ökonomie

1. Die Rentenfrage

Beginnen wir mit dem am meisten diskutierten wirtschaftspolitischen Problem in Deutschland derzeit, der Sicherheit der Renten im Lichte der voraussichtlichen demographischen Entwicklung. Es gibt eine heftige Auseinandersetzung um die Frage, ob man angesichts einer tendenziell älter werdenden Bevölkerung mit dem derzeit praktizierten Umlageverfahren nicht den zukünftigen Generationen eine zu große Last aufbürdet. Man berechnet, wie hoch die Beiträge im Jahre 2020 oder 2030 sein werden, falls das heutige Rentenniveau beibehalten wird. Weil dabei regelmäßig Belastungen jenseits von 25 % des Einkommens ermittelt werden, wird die Frage gestellt, ob nicht eine andere Form der Finanzierung der Renten in Zukunft die Belastungen verringern kann. Behauptet wird, inzwischen sicher von der Mehrheit der Ökonomen unter Führung des Sachverständigenrates und des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsminister², ein Kapitaldeckungsverfahren, also privates Vorsorgesparen sei dem heute angewendeten Umlageverfahren bei der Lösung des demographischen Problems weit überlegen. Auch in der Politik greift dieser Gedanke Platz. Die junge Generation ist extrem verunsichert, versucht aber selbstverständlich den

² Vgl. z. B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1996/97, Ziffer 385 ff.

Gedanken der Eigenvorsorge zu unterstützen, weil – einzelwirtschaftlich gedacht – mehr privates Sparen und höhere Kapitalerträge später ja schließlich die Belastungen der zukünftigen Generationen zu vermindern mögen. Man gründet gar Vereinigungen, die die Interessen der „Jungen“ gegen die „Älteren“ verteidigen und „folglich“ für die Kapitaldeckung eintreten sollen.

Die Verteidigungslinie der meisten Anhänger des „alten“ Umlagesystems war von Anfang an die gesamtwirtschaftliche Logik. Man verwies darauf, daß zwar der Einzelne „Sparen“ kann im Sinne der Akkumulation von Geldkapital, nicht aber die Volkswirtschaft als Ganzes. Jeder D-Mark, die gespart wird, steht immer genau eine D-Mark an Geldschulden gegenüber. Oder anders, ein Einzelner kann nur dann mehr ausgeben als einnehmen, sich also verschulden, wenn es einen anderen gibt, der weniger ausgibt als er einnimmt, der also spart, weil das Einkommen der Volkswirtschaft nur einmal konsumiert werden kann. „Die Volkswirtschaft kann nicht sparen“ hatte schließlich ganz im Sinne der Stützelschen Saldenmechanik schon in den 50er Jahren der bekannte Satz (ausgesprochen unter anderem von dem Kölner Finanzwissenschaftler Gerhard Mackenroth) gelautet, mit dessen Hilfe damals das Umlageverfahren eingeführt worden war. Doch diesmal verfiel diese Einsicht nicht. Der Satz „Die Volkswirtschaft kann nicht sparen“ wurde von den Anhängern der Kapitaldeckung rasch als „Mackenroth-These“ gebrandmarkt und verworfen³.

Das ist, für ein Fach, das Wissenschaftlichkeit beansprucht, ein bemerkenswerter Vorgang. Die selbstverständlich richtige, weil eine rein buchhalterische Identität wiedergebende Aussage, das Geldvermögen einer Volkswirtschaft sei immer gleich Null, wird als „These“ bezeichnet und einem bestimmten Autor zugeschrieben. Man spürt die Absicht und ist verstimmt. Die „These“ eines nahezu beliebig herausgegriffenen Autors ist natürlich widerlegbar, eine Identität nicht. Ein Satz, der nicht mehr und nicht weniger beinhaltet als eine der logischen Grundlagen der gesamten Ökonomie, wird zur ohne weiteres widerlegbaren These erklärt, um die eigene – aus welchen Gründen auch immer eingenommene – Position halten zu können. Das alles geschieht ohne Rücksicht darauf, welche Auswirkungen die „Widerlegung“ dieses Satzes, wenn es sie denn gäbe, für andere Aussagen der Ökonomie bzw. für das gesamte theoretische Gebäude hätte. Ein solches Vorgehen ist zutiefst unwissenschaftlich, weil die Vertreter der Kapitaldeckungsthese sich ihrer Verantwortung, ein konsistentes Aussagensystem – unter expliziter Berücksichtigung der Geldvermögens-Identität als logisch notwendige Nebenbedingung – aufzubauen, durch einen semantischen Trick entziehen.

In der Sache war der „Mackenroth-These“ natürlich nichts entgegenzusetzen als die Aussage, in einer offenen Volkswirtschaft, die Teil eines größeren Ganzen ist, könne das Geldvermögen positiv sein, weil diese Volkswirtschaft Leistungsbilanzüberschüsse bilden könne, während „die anderen“ die entsprechenden Defizite haben. Das ist natürlich richtig, aber im Zusammenhang der Rentendebatte völlig belanglos. Ein positiver

³ Vgl. z. B. Stefan Homburg: Kapitaldeckung als praktikable Leitidee, in: Rentenkrise. Und wie wir sie meistern können. Publikationen des Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik 1997. Dort stehen die folgenden bemerkenswerten Sätze: „Die Ersparnis bedeutet einen Transfer von Kaufkraft über die Zeit. Im Unterschied zum Umlageverfahren hängt das Schicksal einer Generation nicht vom Wohlwollen der Nachfahren ab; sie ist vielmehr auf sich selbst gestellt.“ (S.63) Etwas später stellt Homburg fest: „Im Zeitraum zwischen den 50er und den 70er Jahren wurde ein...Einwand gegen das Kapitaldeckungsverfahren formuliert, der sich auf die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen...bezieht. Gegenstand dieses Einwandes war die inzwischen verworfene These des Lord Keynes, daß die Ersparnisbildung kurzfristige Rezessionen und sogar langfristige Stagnationsphasen verursachen könne. Im deutschen Sprachraum gipfelte diese Kritik in der These des Ökonomen Gerhard Mackenroth, eine gesamtwirtschaftliche Ersparnis für Zwecke der Alterssicherung sei unmöglich.“(S. 78)

Leistungsbilanzsaldo bedeutet nur, daß dem Geldvermögen einer Region Geldschulden einer anderen Region gegenüberstehen, nicht aber, daß Geldvermögen oder „Kaufkraft“ in die Zukunft transferiert wird. Es handelt sich dabei allein um ein internationale, nicht aber um eine intertemporale Verschiebung von „Kaufkraft“. Auch wenn der Leistungsbilanzsaldo eines Landes positiv ist, bedeutet das nicht, daß dieses Land Geldvermögen oder Ersparnisse in die Zukunft transportiert, sondern nur, daß die Schuldner der von den privaten Haushalten wegen einer Kapitaldeckung zusätzlich aufgebauten Forderungspositionen nicht im Inland, sondern im Ausland ihren Sitz haben. Ob diese die vom Inland zur Verfügung gestellten „Ersparnisse“ konsumieren oder investieren, ist aus der Tatsache, daß ein Leistungsbilanzsaldo entstanden ist, nicht abzuleiten⁴. Zudem ist völlig unklar, auf welchem Wege, d. h. durch welche ökonomischen Mechanismen, die „anderen Länder“ systematisch dazu bewegt werden sollen, die Ersparnisse der Länder mit Rentenproblemen dauerhaft aufzunehmen. Schlicht zu unterstellen, daß die Bereitschaft der letzteren, Ersparnisse zu exportieren, also einen Transfer dieser Art zu leisten, dazu genügt, ist jedenfalls nicht ausreichend⁵.

Die Tatsache, daß das Geldvermögen der Volkswirtschaft im Gegensatz zum Geldvermögen des einzelnen Haushalts immer gleich Null ist, hat einen enormen Einfluß auf die Frage, ob es eine Lösung des Rentenproblems durch die schlichte Änderung der Finanzierungsmodalitäten oder nur durch reale Anpassung gibt. Die Mehrheit der Ökonomen hat sich auf die Seite des einzelwirtschaftlichen Denkens geschlagen und von vorneherein nicht versucht, zur Klärung der Sachfragen der Einbeziehung des unbestreitbaren gesamtwirtschaftlichen – saldenmechanischen – Paradoxons einen angemessenen Raum zu geben⁶. Die Ökonomie als Wissenschaft hat versagt, weil sie die Korrekturfunktion, auf die die Wirtschaftspolitik in dieser Frage dringend angewiesen ist, nicht wahrgenommen hat.

2. Steuersenkung und die Gewinne der Unternehmen

Das zweite Beispiel ist eng mit der Logik des ersten verbunden und betrifft die Diskussion um eine Steuerentlastung der Unternehmen bei gleichzeitiger Konsolidierung des Staatshaushalts. Die oben beschriebene Tatsache, daß das Geldvermögen der Volkswirtschaft Null ist, liefert auch hier den Schlüssel zu einer vorurteilsfreien Analyse weit jenseits der herrschenden Ideologie. Der Gewinn der Unternehmen, auf den es nach allgemein herrschender Auffassung ankommt, ist nämlich wegen der beschriebenen Identität nur in einem engen logischen Korsett angemessen ökonomisch analysierbar. Diese Erkenntnis haben im Gefolge der Weltwirtschaftskrise mehrere Ökonomen nahezu gleichzeitig entwickelt. Einer davon war

⁴ Doch selbst im Falle einer ausschließlichen Verwendung für investive Ausgaben wäre eine Lösung des Rentenproblems in den Überschußländern bei Kapitaldeckung nur zu erwarten, wenn in den Defizitländern in den nächsten 30 Jahren in Sachen Demographie exakt eine der in den Überschußländern entgegengesetzte Situation zu erwarten wäre, also weit mehr Jugendliche als ältere Menschen in Arbeit und diese für den gesamten relevanten Zeitraum in der Lage wären, ein ebenso großes und ebenso stark wachsendes Einkommen zu erzielen, wie das in den Überschußländern in der Vergangenheit der Fall war. Zudem müßten diese Länder bereit sein, die gesamten Erträge der Investitionen der Überschußländer als Rente in diese zurückzutransferieren. Alle diese Bedingungen als gegeben anzunehmen ist offensichtlich absurd.

⁵ Stützel hätte darauf vermutlich geantwortet, es genüge, die Bestandshaltepreise, also die Zinsen entsprechend anzupassen. Ich bin an dieser Stelle aber dezidiert anderer Meinung. Stützel hat m. E. mit seiner „Mikroabsorptionstheorie“ die Aussagekraft der Saldenmechanik überzogen und sich in eine Sackgasse manövriert. Vgl. dazu H. Flassbeck: Preise, Zins und Wechselkurs – Zur Theorie der offenen Volkswirtschaft bei flexiblen Wechselkursen. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen des Walter Eucken Instituts (23), J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1988, S. 46–49.

⁶ Die wenigen Ausnahmen wie Peter Bofinger, Hans-Jürgen Krupp oder Herbert Ehrenberg sind entweder Stützelianer oder Stützel doch zumindest nahestehende Ökonomen.

Wilhelm Lautenbach, zu dem Wolfgang Stützel eine ganz besondere Beziehung hatte⁷. Dieser Wilhelm Lautenbach, der Beamter des Reichswirtschaftsministeriums während der großen Krise von 1929/30 war, hatte in großer Klarheit erkannt, daß die damals und heute herrschende Lehre einen entscheidenden logischen Defekt aufwies: Sie operierte zwar mit Say's Law, dem Satz also, wonach das Angebot die Nachfrage schafft, analysierte aber die Wirtschaft zugleich auf eine Weise, die unterstellte, daß Angebot und Nachfrage nicht nur für das einzelne Unternehmen und den einzelnen Haushalt unabhängig voneinander gegeben war, sondern auch für die Gesamtwirtschaft. Das aber konnte nicht stimmen, wenn richtig war, daß das Angebot die Nachfrage schaffte.

Lautenbach teilte das gesamte Einkommen (E) der Volkswirtschaft (auf der Angebotsseite sozusagen) in Unternehmereinkommen (E_U) auf der einen Seite und Nichtunternehmereinkommen (E_N) auf der anderen auf. Gleichzeitig kann das gesamte Volkseinkommen (auf der Nachfrageseite) nur aus Konsum und Investition bestehen. Folglich gilt immer:

$$E_U + E_N = E = I + V$$

Lautenbach folgerte daraus: „Da aber das Einkommen der Nichtunternehmer pari passu mit der Produktion unmittelbar gegeben ist, eben durch die Höhe der Entschädigungen, die die Unternehmen an die Nichtunternehmer zahlen, während das Unternehmereinkommen gerade unbestimmt ist, erst auf dem Markt festgestellt wird, so hat es einen Sinn, diese Gleichung nach E_U aufzulösen. Wir erhalten dann:

$$E_U = I + V_U - S_N$$

Also das Einkommen der Unternehmer ist gleich dem Wert der Investition zuzüglich Wert des Verbrauchs der Unternehmer abzüglich Ersparnisse der Nichtunternehmer.“⁸

Damit ist der grundlegende Zusammenhang zwischen Angebots- und Nachfrageseite hinreichend beschrieben: Die Angebotsseite kann nur prosperieren, wenn auch die Nachfrageseite mithält. Nur wenn die Nichtunternehmen oder die Unternehmen selbst Geld ausgeben, nicht sparen, können die Gewinne steigen. Dieser Zusammenhang ist von überragender Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Analyse, wie sich ohne weiteres zeigen läßt, und wird üblicherweise doch sträflich vernachlässigt.

Wie schafft man beispielsweise mehr Arbeitsplätze mit weniger Steuern und weniger staatlichen Ausgaben gleichzeitig, vermeidet also die Konstellation, die der moderne Finanzpolitiker mit Entrüstung als „Steuersenkung auf Pump“ ablehnt, und regt dennoch die Investitionen an? Betrachten wir ein einfaches Beispiel: Der Staat vergibt weniger Aufträge an Baufirmen, um zu sparen. Das vermindert unmittelbar die Erträge der Baufirmen und damit deren Bereitschaft, mehr Arbeitskräfte einzustellen. Spart der Staat bei den Sozialausgaben, schränken die davon abhängigen Haushalte ihre Ausgaben für Produkte ein, die von Unternehmen hergestellt werden. Wiederum sinken die Erträge der Unternehmen in der Gesamtwirtschaft. Nun baut der Staat aber gleichzeitig die Steuerlast für die Unternehmen ab, wird man einwenden. Das wirkt in der Tat dem ertragsmindernden Sparen entgegen. Über den Gesamteffekt für die Gewinne entscheidet aber immer der Saldo der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, das öffentliche Defizit. Wie Lautenbach festgestellt hat, erhalten

⁷ Stützel hat im Jahr 1952 die gesammelten Werke von Lautenbach in einem Band herausgegeben. Vgl. Wilhelm Lautenbach: Zins/Kredit und Produktion, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1952.

⁸ Vgl. S.26

die Unternehmen in einer Marktwirtschaft das Resteinkommen, das Ergebnis aller wirtschaftlichen Aktivitäten. Jede Ausgabenkürzung schlägt daher auf sie durch. Auch die größte Steuersenkung kann den negativen Effekt von Ausgabenkürzungen nicht ausgleichen, wenn das staatliche Defizit insgesamt sinkt.

Dieser Zusammenhang beschreibt das oben dargestellte eiserne Gesetz der Ökonomie: Die Gewinne der Unternehmen können immer nur steigen, wenn mindestens ein Sektor der Volkswirtschaft –einschließlich der Unternehmen selbst- seine Verschuldung erhöht oder sein Geldvermögen, seine Ersparnis, verringert. Wolfgang Stützel nannte diesen Zusammenhang „Unternehmergewinngleichung“. Zusätzlich verschulden muß sich allerdings nicht immer nur der Staat. Das Beispiel der USA im Herbst vergangenen Jahres zeigt, daß es auch anders geht. Obwohl auch dort im Gefolge der Asienkrise die Exportwirtschaft lahmte, also das Ausland sich weniger verschuldete, stiegen die Gewinne der Unternehmen und deren Investitionen weiter, weil zur gleichen Zeit die privaten Haushalte die gesamten Ersparnisse plünderten und noch mehr als vorher konsumierten. Auch die hierzulande ob ihrer „Sparerfolge“ im öffentlichen Sektor gefeierten Schweden und Niederländer haben inzwischen eine Sparquote der privaten Haushalte von etwa 1 %, im Vergleich zu 11 % bei uns. Nur wenn es also gelänge, so könnte man folgern, auch die deutschen Privathaushalte zu einem Abbau ihrer Ersparnisse zu bewegen, kann man mit Erfolg -am Arbeitsmarkt und bei den Investitionen- einen Sparhaushalt in die Tat umsetzen. Die Hoffnung darauf stünde allerdings in seltsamem Kontrast zu der von der Regierung gleichzeitig verbreiteten Hoffnung, im Hinblick auf die Rentenproblematik ließe sich mehr private Altersvorsorge, also mehr privates Sparen induzieren.

Was der moderne Finanzpolitiker im Gegensatz zu Ökonomen wie Wilhelm Lautenbach und Wolfgang Stützel nicht versteht: Die Steuersenkung für die Unternehmen kann nicht den gewünschten Erfolg am Arbeitsmarkt bringen, wenn sie verbunden ist mit einem Abbau öffentlicher Defizite. Man kann, wie Reagan in den 80er Jahren, massive Steuersenkungen über höhere staatliche Defizite finanzieren und enorme positive Effekte für die Gewinne der Unternehmen und den Arbeitsmarkt produzieren. Man kann aber nicht beides haben, Solidität im Sinne von Sparen und eine Anregung für die Investitionen. Gerade die Kohlschen Versuche in den vergangenen 16 Jahren, Reagan zu imitieren, belegen das. Die Steuern für die Unternehmen wurden seit Anfang der 80er Jahre massiv gesenkt. Die Gesamtbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit Steuern sank von gut 35 % auf heute etwa 22 %, während die der Lohneinkommen mit 15 % in der gesamten Zeit unverändert blieb. Dabei wurde das nach Meinung der Lobbyisten wichtigste Investitionshemmnis, die „Substanzsteuern“, also die ertragsunabhängigen Steuern wie Vermögens- und Gewerbesteuer vollständig beseitigt. Der „Erfolg“ in den 90er Jahren war, daß nach dem Abklingen der positiven, aber natürlich defizitfinanzierten Vereinigungseffekte, die Investitionen sich so schwach entwickelten wie nie zuvor.

Das zeigt wiederum den einfachen, aber zentralen Zusammenhang: Die Unternehmen entscheiden über Investitionen mit Blick auf das Gesamtergebnis ihrer Geschäfte, nicht aber mit Blick auf Einzelaspekte wie die derzeitige oder gar die erwartete Steuerbelastung. Folglich war das Sparpaket, das die Bundesregierung im Sommer 1999 vorlegt hatte, nicht dazu geeignet, positive Wachstums- und Arbeitsplatzeffekte zu generieren. Das Sparpaket war allein auf die für ein marktwirtschaftliches System illusorische Vorstellung gebaut, die für die Zukunft versprochene Steuersenkung werde trotz negativer akuter Gewinneffekte die Investitionstätigkeit anregen, die Unternehmen also veranlassen, ihre eigene Verschuldung auszuweiten.

Bleibt in einem solchen Falle nur die Frage, ob es einen Ausgleich für die staatliche Restriktion durch andere Sektoren gibt. In Lautenbachs Gleichung kann man den Sektor der „Nicht-Unternehmen“ ohne weiteres aufspalten in die privaten Haushalte, das Ausland und den Staat. Hier hat sich im konkreten Fall des Jahres 1999 tatsächlich einiges getan. In der Folge der asiatischen Finanzkrise hatten zwar die meisten Länder außerhalb Europas und einschließlich der USA versucht, ihre Außenhandelsposition zu verbessern und hätten auf eine neue deutsche Exportoffensive nur mit erneuter Abwertung reagieren können. Ein Zufall im besten Stützelschen Sinne aber kam den Europäern zu Hilfe. Der Euro, gerade eingeführt, um den „Währungsspekulanten“, wie Stützel sich ausdrückte, innerhalb Europas das Handwerk zu legen, wurde zum Spielball der internationalen Spekulation und tendierte zu unerwarteter Schwäche. Hinzu kam, daß die amerikanischen Verbraucher die rechte Seite der Lautenbachschen Mechanik beherzigten und ihre Sparquote gen Null herunterfuhren. Folglich wurde der restriktive staatliche Impuls überdeckt von einem positiven des Auslandes, also einer zusätzlichen Verschuldung des Auslandes, die sich in einer Erhöhung des deutschen und des europäischen Leistungsbilanzüberschusses zeigen wird.

Ohne solche Hilfe des Auslandes wäre nur die Geldpolitik geblieben. Sie kann natürlich bei unveränderten Gewinnen das Investitionskalkül über niedrigere Finanzierungskosten entlasten, also unmittelbar die Unternehmen zum Investieren anregen, ohne daß dem negative Effekte auf der Nachfrageseite gegenüberstehen. Auch der Tatsache, daß die Europäische Zentralbank das -trotz oder wegen- politischen Drucks im vergangenen Frühjahr getan hat, wird inzwischen allgemein zugeschrieben, daß es eine Aufwärtsbewegung in Europa gibt. Allerdings hat die EZB sehr schnell eine Zinswende herbeigeführt und die kurzfristigen Zinsen in mehreren Schritten schon seit dem Herbst 1999 erhöht. Sie hat sich damit wiederum explizit deutlich gemacht, daß sie sich nicht einbinden läßt in ein Konzept zur Förderung der Investitionen in Europa, bei dem die Last nicht nur auf den Sektoren Staat und Ausland liegt.

Der ökonomischen Orthodoxie in Deutschland entsprechend, vertritt die EZB – vollkommen anders als die amerikanische Zentralbank – ein Konzept, das nur den anderen Sektoren die Aufgabe zuweist, das Wachstum zu fördern, während sie selbst – autonom – lediglich die Inflation im Auge hat und das zu finanzierende Wachstum (das „Potential“) aus einer Extrapolation vergangener Entwicklungen ableitet, die sich in den USA gerade wieder als falsch erwiesen hat. Folglich steigen, natürlich auch im Gefolge der nach langem Aufschwung und bei Vollbeschäftigung gerechtfertigten restriktiveren amerikanischen Geldpolitik die langfristigen Zinsen weltweit und läuten das Ende der Aufschwungphase ein. Europa aber unternimmt keinen Versuch einer monetären Abkopplung. Die Gefahr ist folglich groß, daß, wie schon 1994/1995, Europa zu Beginn des neuen Jahrhunderts in das Fahrwasser amerikanischer Restriktion oder unter die Räder eines sinkenden Dollarkurses gerät, ohne selbst handlungsfähig zu sein, weil weder Geld- noch Finanzpolitik ihre makroökonomische Aufgabe verstanden und akzeptiert haben.

Die simple, aber zwingende Logik der Lautenbachschen Unternehmerrergewinnleichung ist aus der heutigen wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland fast völlig verschwunden. Es kommt zu gravierenden Fehleinschätzungen, weil diese Zusammenhänge nicht mehr bekannt oder als „keynesianisches“ Gedankengut tabuisiert sind. Aber auch die Erkenntnis, daß es die Einsichten waren, die die besten Köpfe aus den Fehlern der Weltwirtschaftskrise und damit der größten Verirrung der Ökonomie gezogen haben, ist verdrängt. Heute dürfte kaum ein Abgänger einer wissenschaftlichen Hochschule in Deutschland die Namen Lautenbach und Stützel gehört haben oder gar in deren Kenntnis des zentralen Zusammenhangs der gesamten Makroökonomie, des Zusammenhangs von Sparen und Investieren, eingeweiht worden sein.

Lautenbach hat das Paradoxon des gesamtwirtschaftlichen Sparens in ungewöhnlich klarer und einleuchtender Weise dargestellt:

„Wenn man will, kann man eine Haltung der Unternehmer, die sich dadurch charakterisiert, daß sie sich bemühen, wenig zu verbrauchen, als Sparsamkeit bezeichnen; aber es wäre nicht richtig von Sparen und Ersparnissen der Unternehmer zu sprechen, wenn man die Unternehmer insgesamt betrachtet. Den Begriff Sparen anzuwenden auf Nichtunternehmer hat Sinn und zwar deswegen: Sparen bedeutet über ein gewisses Einkommen so zu disponieren, daß ein Teil davon nicht verbraucht und eo ipso erspart wird. Von den Unternehmern insgesamt läßt sich das in gleicher Weise nicht sagen. Verbrauchen sie insgesamt weniger, so ist in der geschlossenen Wirtschaft nicht eo ipso insgesamt ihre Ersparnis höher, sondern ihr Einkommen um den Betrag geringer, den sie insgesamt weniger ausgegeben haben. Wohl gemerkt, das gilt für die Unternehmer in toto, für den einzelnen gilt dasselbe wie für den Nichtunternehmer, vorausgesetzt, daß seine Haltung von der der übrigen Unternehmer abweicht.“⁹

Eine Seite weiter stellt er dann den Gegensatz zur *„traditionellen Theorie besonder pointiert heraus: es wird nicht die Investition durch die Ersparnisse, sondern umgekehrt die Ersparnis durch die Investition bestimmt. Die Ersparnis ist ein reiner Verteilungsbegriff.“¹⁰*

Konsequenterweise bestimmt Lautenbach auch die Rolle des Zinses aus der Erkenntnis über Sparen und Investieren in vollkommen konträrer Weise zur heute in Deutschland herrschenden Theorie. Weil *„Investition und Ersparnis einander gleich sind, ...bedarf (es) nicht des Zinses, um sie aneinander an- oder auszugleichen. Der Zins hat die Aufgabe, die Investition rationell zu steuern, nämlich so, daß die Wirtschaft bei normalen Arbeitsbedingungen voll beschäftigt ist und alle Produktivkräfte bestens ausgenutzt werden.“ (S.40, kursiv in Original, H.F.)*

Wolfgang Stützel wollte mit der Herausgabe des Werkes von Wilhelm Lautenbach zur dauernden Aufklärung über die verhängnisvollen Fehler der Ökonomen in der Weltwirtschaftskrise beitragen und neue Fehler der gleichen Art in der Wirtschaftspolitik vermeiden zu helfen. 50 Jahre später müssen wir konstatieren: Es ist nicht gelungen. Ignoranz und Ideologie waren stärker, die Wissenschaft hat versagt.

3. Der Wettbewerb der Nationen

Das dritte Beispiel für das Versagen der modernen Ökonomie schließt ebenfalls unmittelbar an die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und an die von der herrschenden Lehre geforderten Abstinenz von Geld- und Fiskalpolitik an. Im Zuge der Globalisierung ist es modern geworden, nicht nur von einem Wettbewerb der Unternehmen, sondern auch vom Wettbewerb der Nationen zu sprechen und damit dem Sektor „Ausland“ gewissermaßen eine aktive Rolle bei der Steuerung der Wirtschaft zuzuweisen.

Der Wettbewerb der Unternehmen im engeren Sinne, also die Art und Weise, wie Unternehmen im Markt agieren und versuchen, sich Vorteile gegenüber ihren Mitkonkur-

⁹ S. 33

¹⁰ S. 34. Lautenbach schließt dann an: *„Das Sparen entscheidet nicht über die Gesamtgröße der Investitionen, sondern nur über den Anteil der Wirtschaftssubjekte an dem Vermögenszuwachs, den die Volkswirtschaft durch die Investition erfährt...Es ist nicht im leisesten zweifelhaft, daß diese Aussage richtig ist und für die geschlossene Wirtschaft gilt. Aber diese Aussage schließt kein Werturteil über das Sparen ein. Allerhöchstens leitet sie zu einer Erkenntnis über, die die Ersparnis aus dem Wolkenhron, wo sie bisher in strahlender Glorie saß, auf die Erde niederholt, wo sie dann allerdings etwas von ihrem göttlichen Glanz und engelhafter Reinheit verliert“.*

renten zu verschaffen, stand schon sehr früh im Blickpunkt der Wirtschaftspolitik. Immer wurde die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung der Regeln, unter denen die Marktteilnehmer operieren, als eine genuine Aufgabe des Staates angesehen. Der Wettbewerb der Unternehmen kann nämlich nur die gewünschten Ergebnisse generieren, wenn er nicht durch Monopolpositionen oder den Versuch, solche mit wirtschaftlicher Macht zu erreichen, außer Kraft gesetzt wird. Die Vereinigten Staaten beispielsweise entwickelten schon Ende des 19. Jahrhunderts eine sehr differenzierte Anti-Trust-Gesetzgebung.

Einer der Kernpunkte jeder Anti-Trust-Gesetzgebung ist der Versuch, über Anti-Dumping-Regeln unlauteren Wettbewerb der Art zu verhindern, daß ein Unternehmen durch gezielten Einsatz großer wirtschaftlicher Mittel, also beispielsweise unter bewußter Hinnahme von temporären Verlusten in bestimmten Geschäftsfeldern, versucht, andere Wettbewerber auf Dauer aus dem Markt zu verdrängen, um eine Monopolstellung zu erringen. Wie schwer im einzelnen der Nachweis solcher Dumping-Praktiken auch immer sein mag, daß Dumping möglich ist, langfristig für die Konsumenten schädlich sein kann und deswegen staatliche Interventionen erfordert, ist unbestritten.

Mit der fortschreitenden Globalisierung ist nun die Idee entstanden, nicht nur Unternehmen, sondern auch Staaten stünden im Wettbewerb miteinander, nämlich um den besten Standort für die international agierenden Investoren und um die Verbesserung für die Bedingungen der heimischen exportierenden Unternehmen. Wenn aber schon der Wettbewerb der Unternehmen regelungsbedürftig ist, können und sollten dann Staaten ohne supranationale Regeln Wettbewerb miteinander betreiben?

Offensichtlich ist die Gefahr des Mißbrauchs, das heißt des unlauteren Wettbewerbs, beim Wettbewerb der Staaten wesentlich größer als bei Unternehmen. Ein Unternehmen, das seine Preise für ein bestimmtes Produkt drastisch senkt, um seine Mitkonkurrenten aus dem Markt zu verdrängen, setzt sich selbst gewissen Risiken aus. Es muß in anderen Geschäftsfeldern stark genug sein, um die Verluste für eine Zeit tragen zu können, schwächt also seine Position kurzfristig, um langfristig Erfolg haben zu können. Bei Staaten gibt es diesen Fall auch. Verzichtet etwa eine Regierung auf den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, um die Steuern für Unternehmen international attraktiv zu machen, mag sie kurzfristig erfolgreich sein, auf lange Sicht kann dadurch aber der Standort nachhaltig geschwächt werden.

Staaten verfügen aber über noch weitergehende Mittel als Unternehmen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze im Inland zu fördern. Regierungen können die Bevölkerung dazu zwingen oder davon überzeugen, daß es notwendig ist, den eigenen Lebensstandard dauerhaft einzuschränken, um Exporterfolge erzielen zu können. Gelingt das, stehen diese Regierungen in der Regel nicht unter einem raschen Erfolgszwang wie Unternehmen, weil die internationale Mobilität der Bevölkerung aus vielerlei Gründen sehr gering ist. Gelingt es folglich einem Land, seinen Gürtel enger zu schnallen, also weit unter seinen Verhältnissen zu leben, kann es sehr nachhaltig in die internationalen Märkte eingreifen und die Marktergebnisse zu seinen Gunsten manipulieren.

Erstaunlicherweise ist das im Falle staatlicher Subventionen vollkommen unbestritten. Betritten wird es aber schon im Falle von Steuersenkungen, dem sog. Steuerwettbewerb der Staaten. Noch weniger gesehen wird die Gefahr einer solchen Politik im Falle von Lohndumping, etwa über ein systematisches Zurückbleiben der Lohnzuwächse hinter dem Produktivitätszuwachs.¹¹ In allen diesen Fällen gleichermaßen dürfen aber die internationalen

¹¹ Vgl. Herbert Giersch: Der lachende Dritte, in: Wirtschaftswoche Nr. 39, 1997; Oskar Lafontaine: Wo ist der lachende Dritte?, in: Wirtschaftswoche Nr. 43, 1997.

Rückwirkungen solcher Maßnahmen, und seien sie aus rein nationalen Gründen erwünscht, nicht aus dem Auge verloren werden. Globalisierung heißt eben auch, daß zunehmend die nationalen Grenzen an Relevanz für jede Art von wirtschaftlichem Handeln verlieren. Also kann auch nationale Politik immer weniger ohne Rücksicht auf andere Nationen durchgesetzt werden, sollen nicht ähnliche oder zuwiderlaufende Reaktionen der anderen provoziert werden.

Insofern geht die immer wieder zu hörende Aussage, internationale Kooperation sei zwar wünschenswert, aber unrealistisch, vollkommen am Problem vorbei. Die Frage ist nicht, ob Kooperation wünschenswert ist, sondern welche Folgen der Wettbewerb der Nationen, also bewußte Nicht-Kooperation, für die internationale Gemeinschaft hat. Führt man sich diese Folgen vor Augen, erübrigt sich die Erörterung der Notwendigkeit von Kooperation weitgehend. Nicht-Kooperation oder gar ein wirtschaftlicher Kampf der Nationen kann auf keinen Fall die Antwort auf die Globalisierung sein.

Die gedankliche Übertragung des einzelwirtschaftlichen Modells des Wettbewerbs zwischen etwa gleichstarken Akteuren auf Staaten leidet aber unter weiteren Mißverständnissen. Das gravierendste ist die Gleichsetzung von jeder Art von Kostensenkung mit unternehmerischem Wettbewerb. Schon die Meinung, der unternehmerische Wettbewerb sei von vornherein immer ertragreich und verbessere die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, ist nicht ohne weiteres richtig. Wenn ein Unternehmen die Kosten senkt, erhöht es ohne Zweifel seine Wettbewerbsfähigkeit und in der Regel seinen Marktanteil. Doch gilt das, was für ein Unternehmen richtig ist, auch für die Gesamtheit der Unternehmen? Gibt es nicht im Lichte der Lautenbachschen Logik Nullsummenspiele, bei denen keiner gewinnen kann?

Betrachten wir einen einfachen Fall. Ein Unternehmen senke seine Kosten durch den Abbau von sog. Overhead-Kosten, wie etwa den Beiträgen zu wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen oder durch die Verminderung von Reiseausgaben und Bewirtungskosten für seine Mitarbeiter. Dieser Abbau von Kosten in einem Unternehmen schlägt sich zwingend in anderen Unternehmen als Verminderung der Einnahmen nieder. Folglich müssen auch diese rationalisieren und solche Overhead-Kosten streichen. Bei einigen Betrieben führt das schließlich zu Entlassungen. Damit sinken auch die Einnahmen der privaten Haushalte und folglich deren Ausgaben für Güter, die natürlich auch von Unternehmen produziert werden. Unterstützt der Staat die Arbeitslosen, steigen seine Ausgaben und die Einnahmen sinken wegen sinkender Steuereinnahmen. Hält er aber sein Defizit durch Ausgabensenkung an anderer Stelle konstant, sinken wiederum die Einnahmen der Unternehmen, denn der Staat oder die privaten Haushalte kaufen weniger.

Die schlichte Kostensenkung eines Unternehmens, also dessen Sparen, führt in gesamtwirtschaftlicher Sicht nicht zu einer Verbesserung der Situation der Unternehmen insgesamt, da die Ausgaben des einen immer die Einnahmen des anderen sind. Diese Art von unternehmerischem Wettbewerb bringt keine Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme. Echter unternehmerischer Wettbewerb verläuft ganz anders. Wenn ein Unternehmer eine Idee hat, wie man die schon vorhandenen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital auf eine effizientere Art und Weise miteinander kombinieren kann, ist er in der Lage, seine Produkte billiger als bisher anzubieten. In diesem Fall ist das Ergebnis ein völlig anderes. Alle in der Volkswirtschaft haben dann wegen der gesunkenen Preise mehr Kaufkraft. Sie fragen folglich entweder mehr Güter des Pionierunternehmens nach, was dazu führt, daß er mehr Güter mit der gleichen Belegschaft produziert, oder sie kaufen mit der freigewordenen Kaufkraft andere Güter, deren Produzenten dann mehr Arbeitskräfte einstellen und damit den nicht mehr benötigten Arbeitern des Pionierunternehmens Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Dieser

echte unternehmerische Wettbewerb ist gesamtwirtschaftlich immer positiv zu bewerten – eben kein Nullsummenspiel –, auch wenn er dem Einzelnen Mobilität hinsichtlich seiner Qualifikation sowie des Ortes und der Branche, in der er einen Arbeitsplatz findet, abverlangt.

Nun wird gerade in Deutschland allzu häufig das Modell des Wettbewerbs der Unternehmen übertragen auf den Wettbewerb von Nationen. In welcher der beiden Arten von Wettbewerb aber stehen Nationen? Sind Nationen innovativ, haben sie neue Ideen, erfinden sie neue Produktionsverfahren und neue Produkte? Wer würde das von der Mehrzahl der Maßnahmen behaupten wollen, die im Wettbewerb der Nationen ausschlaggebend sind? Man kann es freilich nicht ausschließen, aber Steuersenkung beispielsweise, die beliebteste Maßnahme im globalen Wettstreit, ist sicher nicht innovativ, sondern zwingt nur die eine Nation das zu tun, was die andere schon getan hat. Daß dabei weltweit ein besseres Steuersystem herauskommt, kann man behaupten, belegen kann man es sicher nicht. Gewinnen werden bei einem von Standortüberlegungen getriebenen platten Steuersenkungswettlauf weder die private Wirtschaft noch die Staaten. Überziehen die Regierungen in diesem Kampf der Nationen, dann verlieren sogar alle, weil die Staaten am Ende nicht mehr in der Lage sind, ihre ureigensten Aufgaben zu erledigen und die Effizienz des Gesamtsystems sinkt.

Das zweite Mißverständnis betrifft die Frage der Reaktion des Mitbewerbers und das wirtschaftliche Umfeld, in dem Unternehmen einerseits und Staaten andererseits agieren. Unternehmen können sich zum Ziel setzen, ein anderes Unternehmen endgültig vom Markt zu verdrängen, entweder durch Kostensenkung im Sinne von Dumping oder durch unternehmerische Innovation. Setzt sich ein innovatives Unternehmen durch, ist das Gesamtergebnis sicher positiv. Staaten können aber mit wirtschaftlichen Mitteln andere Staaten nicht verdrängen. Doch selbst wenn sie sie verdrängen könnten, wäre wirtschaftlich nichts gewonnen. Ein wirtschaftlich „verdrängter“ Staat bietet seinen Bürgern keine Einkommensquellen mehr, so daß diese verarmen und schließlich die Güter des überlegenen Staates nicht mehr kaufen können. Folglich muß der „siegende“ Staat die Bürger des unterlegenen Staates alimentieren, um seinen Sieg auskosten zu können. Ostdeutschland nach der Öffnung der Mauer bietet dafür ein hervorragendes Beispiel¹².

Zunächst aber wird ein Staat, der zu unterliegen droht, versuchen, Antworten auf die Herausforderung finden. Auch diese Antworten unterscheiden sich fundamental von den Mitteln, die einem Unternehmen zur Verfügung stehen. Das ließ sich in den letzten Jahren in Asien, bei den sogenannten Tiger-Staaten beobachten. Weil sie im Wettbewerb zurückgefallen waren und hohe Defizite im Außenhandel aufwiesen, werteten sie ihre Währungen ab und zwangen damit ihre Bürger, den Gürtel enger zu schnallen. Die Marktanteilsgewinne der westlichen Länder zu Anfang der 90er Jahre, von denen Deutschland ganz besonders profitiert hatte, waren folglich nur von kurzer Dauer.

Freihandel auf wettbewerblich organisierten Märkten ist gut und notwendig. Unternehmerischer Wettbewerb um Innovationen ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und damit unseres Wohlstandes. Der neomerkantilistische Ansatz vieler

¹² Dieser Fall ist natürlich eine Variante des Problems, das man vor dem zweiten Weltkrieg als „Transferproblem“ diskutierte. Damals ging es um die Frage, ob die „Sieger“ dem „Verlierer“ Deutschland hohe Transfers abfordern konnten, ohne sich selbst zu schaden. In der berühmten Kontroverse zwischen Keynes und Ohlin vertrat Keynes die in jeder Hinsicht angemessene, Ohlin aber eine unhaltbare Position. Was die herrschende Lehre natürlich nicht daran hinderte, Ohlin zum Sieger zu erklären. Der Fall Ostdeutschlands aber hat in großer Klarheit aber wieder die alleinige Relevanz der Keyneschen Lösung gezeigt. Vgl. dazu H. Flassbeck : Die deutsche Vereinigung – ein Transferproblem. Vierteljahreshefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 3/1995.

westlicher Staaten aber, deren Politik einseitig auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ausgerichtet ist, muß früher oder später scheitern, weil sie mit Neomerkantilismus der anderen Länder beantwortet werden muß. Schaukelt sich eine solche Entwicklung auf, sind Abwertungs- oder Kostensenkungswettläufe, wie sie vor der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zu beobachten waren, unvermeidlich. Erfolgen die Abwertungs- und Kostensenkungsversuche wie derzeit bei ohnehin schon sehr niedrigen Inflationsraten, ist sogar eine allgemeine Deflation die unausweichliche Folge.

Wettbewerb der Nationen ist immer ein Abwertungswettlauf mit anderen Mitteln. Das ist eine Lektion, die für die Europäische Währungsunion von besonderer Bedeutung sein wird. Wenn das Mittel der Abwertung, also die Ausnutzung dieser spezifischen Form der Geldillusion nicht mehr greift, brauchen die beteiligten Staaten den Konsens darüber, daß andere Formen kompetitiver Abwertung ausgeschlossen sind, um deflationäre Entwicklungen bzw. eine massive geldpolitische Störung zu vermeiden. Solange die Nation der Raum ist, in dem die gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen definiert werden, die letztlich das Gesamtergebnis des wirtschaftlichen Prozesses, das Realeinkommen und die Produktivität nämlich, bestimmen, solange müssen die Nationen dafür sorgen, daß die Früchte ihre Anstrengungen auch im Inland anfallen und konsumiert werden und nicht als Mittel einer verdeckten Abwertung im Kampf der Nationen dienen. Das heißt konkret, daß die unterschiedlichen Produktivitätszuwächse der Staaten der europäischen Währungsunion für inländische Lohnzuwächse verwendet werden sollten, so daß die Lohnstückkosten in inländischer wie in europäischer Währung lediglich im Gleichschritt mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank steigen. Staaten dürfen nicht bewußt auf die Nutzung dieser Einkommenspotentiale verzichten, wenn sie nicht andere zwingen wollen, Transfers von den „Siegern“ zu verlangen oder in einen deflatorischen Lohnsenkungswettbewerb einzutreten¹³.

Wieder gilt die alte von Stützel so geliebte Formel, daß ein einzelner Zuschauer bei der Prozeßion aufstehen kann, um seine Sicht zu verbessern, alle aber offensichtlich nicht. Diese Fragen haben in Stützels Denken einen überragenden Platz gehabt. Er war auch hier von Wilhelm Lautenbach offensichtlich tief beeindruckt worden, der sich wiederum mit der heute so modernen Konfusion über den Kampf der Nationen in der globalisierten Welt im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise herumzuschlagen hatte¹⁴. In seinem Vorwort zu Lautenbachs Werk schrieb Stützel:

„Alle Länder wollen...mehr exportieren als importieren. Es ist wieder von vornherein klar, daß sie nicht zum Ziel kommen werden. Grundsätzlich theoretisch gibt es hier zwei Möglichkeiten. Entweder betreiben alle Staaten aktive Exportförderung und lassen die Importe frei: In einem Taumel internationaler Austauschlust wird das Gesamtexportvolumen steigen, ohne daß in summa irgend jemand mehr exportiert als importiert hätte. Oder aber – und das ist das Wahrscheinlichere und leider immer wieder historisch Gegebene: Man wird zur Gewinnung eines aktiven Leistungsbilanzsaldos die Importe zu beschränken suchen. Damit kann auch kein Land mehr seinen Export steigern. Im Gegenteil. Das allgemeine Streben nach einer Differenz zwischen Export und Import wird das Gesamtaustauschvolumen kumulativ zurückgehen lassen. Das Ergebnis ist Kampf um Absatzmärkte, internationaler

¹³ Vgl. dazu z. B. H. Flassbeck: Und die Spielregeln für die Lohnpolitik? – Über Arbeitnehmereinkommen und Wettbewerbsvorsprünge einer Volkswirtschaft in der Europäischen Union. Frankfurter Rundschau vom 31.10.1997

¹⁴ Vgl. auch A. Korsch: Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. In: Ramser/Timmermann/Wittmann (Hrsg.): Der Keynesianismus, Springer Verlag, Berlin, Heidelberg, New York 1981, S. 59–61

*Konkurrenzneid, Krieg zunächst aller gegen alle und schließlich vielleicht «Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus»!*¹⁵

Fazit

Wolfgang Stützel war ein liberaler Ökonom. Er verteidigte den Markt, wo immer es angebracht war. Das hätte ihn aber, anders als die meisten modernen liberalen Ökonomen in Deutschland, niemals gehindert, gesamtwirtschaftlich konsistent zu denken und zu analysieren oder ihn gar dazu geführt, das gesamtwirtschaftliche Denken ganz über Bord zu werfen¹⁶. Nur eine Volkswirtschaftslehre, die die logischen Grundlagen der Ökonomie zur Basis ihres theoretischen Gebäudes macht, kann Aussagekraft für marktwirtschaftliche Systeme beanspruchen. Das Banner der Liberalität hochzuhalten und zur gleichen Zeit gegen die fundamentale gesamtwirtschaftliche Logik, wie sie Stützel in seiner „Saldenmechanik“¹⁷ meisterlich widergegeben hat, zu verstoßen oder diese zu ignorieren, bedeutet, den wissenschaftlichen Offenbarungseid zu leisten. Dazu sind heute viele bereit, weil sie sonst dem einzelwirtschaftlichen mainstream, wie er vor allem im Denken von Unternehmern zum Ausdruck kommt, Paroli bieten müßten.

Das ist offenbar in Deutschland nicht mehr opportun. Wer in seiner Analyse und seinen Empfehlungen dem, was unwissende Politiker und dem einzelwirtschaftlichen Kalkül verhaftete Unternehmer und Manager für richtig halten, am nächsten kommt, kann mit den höchsten pekuniären und nicht-pekuniären Belohnungen rechnen. Wer sich dem versagt, ist, wie einst Wilhelm Lautenbach und seine Mitstreiter, von vorneherein verdächtigt, dem Markt zu mißtrauen und staatliche Lösungen generell zu befürworten. Die meisten aller wirtschaftspolitischen Diskussionen finden daher in einem vorwissenschaftlichen Raum statt, und sind auf diese Weise jeder Kritik im Lichte des gesamtwirtschaftlichen Denkens entzogen. Soll sich das ändern, muß die Diskussion um die Ideologie von Markt versus Staat beendet und die Auseinandersetzung um die logischen Grundlagen der Ökonomie neu begonnen werden. Oder anders: Weder die Glaubenskriege noch die theoretischen Auseinandersetzungen lohnen, wenn die logischen Grundsteine nicht gelegt sind.

Das heißt natürlich nicht, daß Saldenmechanik alles ist; richtig aber ist zweifellos, daß ohne Saldenmechanik alles nichts ist. Die Saldenmechanik wird zu einem ungemein wertvollen Werkzeug der Ökonomie, wenn sie zur Basis der Theorie der Einkommensentwicklung gemacht wird, wie das bei Keynes, Kalecki und Kaldor, aber auch bei Schumpeter, Lautenbach und Stützel der Fall war. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, daß nur aus der Einsicht in die saldenmechanischen Zusammenhänge eine dynamische Theorie der Einkommensbildung entstehen konnte, die diesen Namen verdient. Nur wer weiß, daß das Sparen der privaten Haushalte das Entsparen der Unternehmen anregt und das Entsparen des

¹⁵ Vgl. W. Lautenbach, S. 9

¹⁶ So erklärte Stützel zu der Anfang der 50er Jahre schon diskutierten und in den modernen Auseinandersetzungen ideologisierten Frage, ob Arbeitslosigkeit „konjunkturell“ oder „strukturell“ ist: „Uns wäre ein solcher Definitionsstreit unwichtig, wenn nicht immer wieder mit erhobenem Zeigefinger und dem Bemerkens, es lägen keine «konjunkturellen» Probleme vor, die ständig gegebene Notwendigkeit der Anwendung gesamtwirtschaftlicher (auch kreislauftheoretischer) Betrachtungsweise zu bestreiten versucht würde.“ (S. 11) Ein solches „modernes“ Zitat aus dem Jahre 1952 beweist besser als viele Argumente, wie sehr das gesamtwirtschaftliche Denken permanent gefordert ist, einzelwirtschaftlichen Kurzschlüssen vorzubeugen.

¹⁷ W. Stützel: Volkswirtschaftliche Saldenmechanik – Ein Beitrag zur Geldtheorie, 2. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1978.

Staates oder des Auslandes das Sparen der Unternehmen, kann vordringen zu einer Theorie des Sparens, die auch Theorie des Investierens genannt werden darf. Nur wer die Theorie des Investierens beherrscht, kann schlagkräftige Aussagen über die Funktionsweise einer Marktwirtschaft machen, die nicht ein zeitloses abstraktes theoretisches Etwas beschreiben, sondern eine adäquate Deutung des Systems erlauben, dem wir unseren Wohlstand verdanken.

Literatur

H. Flassbeck: Preise, Zins und Wechselkurs – Zur Theorie der offenen Volkswirtschaft bei flexiblen Wechselkursen. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen des Walter Eucken Instituts (23), J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1988.

H. Flassbeck : Die deutsche Vereinigung – ein Transferproblem. Vierteljahreshefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 3/1995.

H. Flassbeck: Und die Spielregeln für die Lohnpolitik? – Über Arbeitnehmereinkommen und Wettbewerbsvorsprünge einer Volkswirtschaft in der Europäischen Union. Frankfurter Rundschau vom 31.10.1997.

H. Giersch: Der lachende Dritte, in: Wirtschaftswoche Nr. 39, 1997.

S. Homburg: Kapitaldeckung als praktikable Leitidee, in: Rentenkrise. Und wie wir sie meistern können. Publikationen des Frankfurter Instituts – Stiftung Marktwirtschaft und Politik 1997, S.61–85.

A. Korsch: Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. In: Ramser/Timmermann/Wittmann (Hrsg.): Der Keynesianismus, Springer Verlag, Berlin, Heidelberg, New York 1981.

O. Lafontaine: Wo ist der lachende Dritte?, in: Wirtschaftswoche Nr. 43, 1997.

R. Langhammer: Handel kostet keine Jobs, in: ZEIT vom 16.3.2000.

W. Lautenbach: Zins/Kredit und Produktion (hrsg. von W. Stützel), J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1952.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1996/97.

W. Stützel: Einleitung des Herausgebers, in: W. Lautenbach: Zins/Kredit und Produktion, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1952.

W. Stützel: Volkswirtschaftliche Saldenmechanik – Ein Beitrag zur Geldtheorie, 2. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1978.

